Abstimmung wurde vertagt

Rechnungsabschluss bleibt wegen Disput noch offen

Trotz eines Überschusses im Rechnungsabschluss 2007 wurde Bürgermeister Otto Mauracher von den SPÖ und ÖVP Mandataren keine Entlastung für die Rechnungslegung erteilt, da eine Überweisung über 15.000,- Euro für den Ankauf eines Grundstücks ohne Gemeinderatsbeschluss erfolgt ist.

VON JOSEF LACKNER

Zur Errichtung eines neuen Feuerwehrhauses in Maurach bot sich im Vorjahr für die Gemeinde die Möglichkeit, 200 m² Grund von einer privaten Verkäuferin zu erwerben. Im Gemeinderat herrschte Einigkeit darüber, dass der Kauf notwendig sei, daher wurde auch eine Umwidmung in Sonderfläche Feuerwehr durchgeführt. Über die Abwicklung des Geschäfts ist nun ein Streit entbrannt. Rasches Handeln sei notwendig gewesen, da sonst das Grundstück in begehrter Lage nicht mehr zu haben gewesen wäre, so Bgm. Mauracher.

FEHLER EINGESTEHEN

Gemeinderat Günther Kirchinger will das eigenmächtige Vorgehen des Bürgermeisters nicht tolerieren und pocht auf ein Einhalten der Gesetze, d.h. der Kauf müsse neu geregelt werden und der Bürgermeister solle seinen Fehler eingestehen.

Buch b. Jenbach

ENTLASTUNG im zweiten Anlauf für Bgm. Otto Mauracher? Foto: Lackner

ANGELEGENHEIT BEREINIGEN

Auch GR Ernst Monthaler von der ÖVP will seitens seiner Fraktion die Zustimmung zum Rechnungsabschluss, der in allen anderen Punkten für in Ordnung befunden wurde, erst geben, wenn diese Angelegenheit bereinigt ist. Er schlägt eine Treuhandlösung vor. Das Geld soll dort abgelegt werden, bis die grundbücherlichen Angelegenheiten erledigt sind.
Eine ähnliche Diskussion entwickelte sich dann noch bei der anstehenden Genehmigung zum Kauf eines Rasenmähertraktors um 12.894,- Euro. Auch hier lehnte die Mehrheit des Gemeinderates eine Beschlussfassung ab, da das Gerät schon bestellt und geliefert worden war.

AUFSICHTSRECHTLICHE PRÜFUNG

Bgm. Mauracher akzeptierte die nicht erfolgte Abstimmung über den Rechnungsabschluss und wird eine aufsichtsrechtliche Überprüfung beantragen. Er lasse nicht gelten, dass die Mandatare über den Erwerb des Grundstückes nicht informiert gewesen seien. Im Gemeinderat sei man mit der Umwidmung befasst gewesen. Im Übrigen könne man mit dem Budget, das bei Einnahmen von 3.070.000,- Euro einen Jahresüberschuss von 811.429,- Euro aufweise, zufrieden sein. Auch mit dem Verschuldensgrad von 17,85 % liegen man unter dem vieler anderer Gemeinden.